

Auf dem Weg zum deutschen Umweltplan

Im Konsens zur Nachhaltigkeit?

Das Bundesumweltministerium hat sich vorgenommen, die nationalen Anstrengungen zur nachhaltigen Entwicklung zielorientiert zu bündeln. Eine Diskussionveranstaltung Anfang Juli bildete den Auftakt zur Erarbeitung des ersten deutschen Umweltplans, woran sich alle gesellschaftlichen Interessengruppen beteiligten.

Nachhaltigkeit ist seit einiger Zeit das meist gebrauchte Modewort. Die Politik muß nachhaltig sein, das nachhaltige Unternehmen wird in Umweltberichten dargestellt und die nachhaltigen Verbraucher sammeln und trennen fleißig ihre Abfälle. Schon hier zeigt sich, daß es beim Verständnis von Nachhaltigkeit Schwierigkeiten und verschiedenste Interpretationen gibt. Ob ein grundlegender Lebensstilwandel oder die bloße Innovationskraft der Wirtschaft – Stichwort Ökoeffizienz – erforderlich ist, wird zur Zeit offen diskutiert. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Anforderungen werden in diesem Diskussionsprozeß von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich gewichtet. Aus Sicht der Umwelt erscheint die Wirtschaft beispielsweise als übermächtiger Interessenvertreter.

► Schlechter Zeitpunkt für einen Konsens

So wichtig ein Konsens für die zukünftigen Schritte ist, so fragt sich, wie realistisch die Chancen für einen Umweltplan auf Basis der Nachhaltigkeitsanforderungen sind – insbesondere in einer Zeit, in der Kosteneinsparungen einseitig zugunsten wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und zu Lasten von Sozialem und der Umwelt durchgedrückt werden. Initiiert das Umweltministerium blauäugig eine Zieldiskussion, in der die Wirtschaft von ihrer Verantwortung überzeugt und damit die vielfach festgefahrenen Bemühungen der Umweltpolitik wieder in Gang gebracht werden sollen, oder soll durch das Einbinden gesellschaftlicher Gruppen eine Legitimation für Kleinst- und Rückschritte der heutigen Umweltpolitik erteilt werden?

Sicherlich ist die heutige Ausgangssituation der Umwelt-Interessengruppen schlecht. Zwar wer-

den Vertreter von Umweltverbänden in Deutschland zu wichtigen umweltpolitischen Veranstaltungen geladen, um ihre Auffassung mitzuteilen, doch gleichzeitig ist ein bewußtes Ausbooten der Umweltschützer zu verzeichnen. Die Selbstverpflichtungen, die direkt mit der Regierung ausgehandelt werden, ebenso wie Beschleunigungsgesetze zu Genehmigungsverfahren führen zum Ausschluß der Interessengruppen und tragen damit zur Entdemokratisierung bei. Hinzu kommt eine mangelhafte finanzielle Unterstützung sowie das Kürzen der Umweltforschungsmittel, von denen ein Großteil in Kernforschung und Großforschungserichtungen verschwindet.

Wie ernst ist es nun den Wirtschaftsverbänden mit einer nachhaltigen Entwicklung? Viele Umweltprobleme sind in der Vergangenheit im Konsens mit der Wirtschaft gelöst worden. Viele dieser Leistungen sind vor allem durch kostspielige und am falschen Ende ansetzende End-of-the-pipe-Technologien erbracht worden. Als umweltpolitisches Steuerungsinstrument diente in der Vergangenheit fast ausschließlich das Ordnungsrecht. Die heutige Instrumenten-debatte der Wirtschaft läßt keine große Hoffnung auf die Kompromißbereitschaft sowie reale Bereitschaft zur Nachhaltigkeit aufkommen.

► Selbstverpflichtungen als Allheilmittel

Das wichtigste Versäumnis der vergangenen Umweltpolitik bleibt die fehlende Internalisierung der externen Kosten. Die wie auch immer bezeichnete Ökologisierung der fiskalischen Instrumente, mittels Änderung von Steuern, Abgaben und Subventionen im Sinne der Umwelt ist das marktwirtschaftlich konformste, aber auf seiten der Wirtschaft nicht gern gesehene Mittel. Dagegen gelten Selbstverpflichtungen der Wirtschaft als Allheilmittel. Diese las-

sen größere Handlungsspielräume für die Innovationskraft der Betriebe, so deren Argumentation. Bei Marktwirtschaftlern überwiegt die negative Kritik. Die freiwilligen Reduktionsziele konservieren die vorhandene Wirtschaftsstruktur und werden kaum zusätzliche Innovationen initiieren. Dies ist wohl der Wille vieler Wirtschaftsverbände. Nur die weichen, freiwilligen Instrumente wie Selbstverpflichtungen oder Gütesiegel, wie der blaue Engel für Produkte oder die Teilnahmeerklärung zum Öko-Audit für Unternehmen stoßen bei der Wirtschaft zur Zeit auf Wohlwollen.

► Globalisierung zur Deregulierung benutzt

Marktwirtschaftliche Instrumente mit dynamisierender Wirkung passen nicht in die Verhandlungsstrategien der Wirtschaftsverbände, denn diese sind eher konservativ, das heißt für den Erhalt des Status quo und damit gegen einen ökologisch motivierten Strukturwandel. Dies ist in einer dynamischen Weltwirtschaft kontraproduktiv. Die Weltwirtschaft wird unter dem Schlagwort der Globalisierung vor allem als Argument für Deregulierung und Kostensenkung benutzt. Daß Globalisierung notwendig ist, um die globalen Umweltprobleme zu lösen, und daß deutsche Umweltstandards südostasiatischen Staaten als Vorbild dienen, Gesetze komplett übernommen werden und damit erst Exportchancen entstehen, wird vielen Industrievertretern allmählich gewahr.

In Anbetracht dieser Ausgangssituation bleibt zu hoffen, daß sich die ökologischen Vorreiterunternehmen verstärkt in den Dialog einschalten. Ebenso wird durch notwendiges Einbeziehen der Vertreter des sozialen Bereichs (Gewerkschaften, Verbraucher- und Familienverbände, Kirchen etc.) die Umweltseite gestärkt – in diesem Umfang ein Novum und vielleicht eine Überforderung für die Umweltpolitik. Diese wird letztendlich daran gemessen, ob die Nachhaltigkeitsanforderungen eingehalten oder dem Konsens geopfert werden. Denn „Nachhaltigkeit light“ gibt es nicht. Allerdings zeigt diese neue Zusammenarbeit auch das Spannungsfeld zwischen ökologischen und sozialen Bestrebungen auf.

Heinz Kottmann ist wissenschaftlicher Geschäftsführer des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung, Tel. (030) 884594-12, Fax 8825934

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.